

# Die verschwundene Okkupation

Moshe Zuckermann

*Dieser Text wird zu einem Zeitpunkt geschrieben, da Israel in den vergangenen zwei Jahren vier Parlamentswahlgänge durchlaufen hat, ohne dass eine Entscheidung gefallen wäre, die eine stabile Regierungsbildung ermöglichte.*

Netanjahu ist nun vom israelischen Staatspräsidenten beauftragt worden, eine neue Regierungskoalition zu bilden. Es ist indes zurzeit nicht ausgemacht, dass ihm dies gelingen, auch nicht, ob ein mögliches Misslingen seiner Bestrebung nicht einen weiteren Wahlgang im Herbst zeitigen werde. Dass dem so ist, hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass sich die politische Sphäre Israels gegenwärtig auf einer zentralen Koordinate bewegt:

Es gibt einen Netanjahu-treuen Block, der die Likud-Partei und die religiösen Parteien umfasst und sich primär darum bemüht, Netanjahu an der Macht zu erhalten. Ihm gegenüber agiert eine lose Melange aus Parteien, die Netanjahu dezidiert abgewählt sehen möchten; sie umfasst so verschiedene Parteien wie die linkszionistischen Merez und Arbeitspartei, die nationalreligiöse Partei Nafatali Bennetts Jamina, rechtsliberale Parteien wie die von Avigdor Lieberman (Israel Betenu), Benny Gantz (Kachol-Lavan), Gideon Sa'ar (Tiqua Chadascha) und Jair Lapid (Jesch Atid). Außenvor bleiben die in der sogenannten „Gemeinsamen Liste“ versammelten arabischen Parteien, von denen sich allerdings letzgens die islamistische Ra'am-Partei von Mansur Abbas losgelöst hat. Mit Ausnahme dieser Partei, die noch zwischen den Blöcken laviert, werden die arabischen Parteien zum Anti-Netanjahu-Block gezählt.

## **Entideologisierung der israelischen Politik**

Man spricht vom Anti-Netanjahu-Lager als einem linken Block. Das ist barer Unsinn, denn nichts läge dem Selbstverständnis von Bennett, Sa'ar, Lieberman, Lapid oder Gantz ferner, als sich für links zu erachten. Diese Apostrophierung ist Netanjahu zu verdanken, der alles, was sich gegen ihn

## **Israelische Innenpolitik im Dienst der Realitätsverweigerung**

richtet, als „links“ schmäht, mithin als illegitim diskreditiert.

In gewisser ironischer Hinsicht darf behauptet werden, dass der fast nur noch von privaten Belangen geleitete Netanjahu die Entideologisierung der israelischen Politik bewirkt hat (wobei Ideologie hier Gesinnung meint). Denn es ist mehr als nur lächerlich, den Araber hassenden Lieberman, den national-chauvinistischen Sa'ar, den siedlernahen Bennett, den Kapitalismus-Ideologen Lapid oder den ehemaligen General Gantz, der sich gerühmt hat, über 1.300 Palästinenser und Palästinenserinnen getötet zu haben, als links zu bezeichnen. Wenn diese Repräsentanten des dem rechten und rechtsradikalen Likud- bzw. Netanjahu-Lager entgegenstehenden Block links sein sollen, dann darf man diese politische Kategorie wohl endgültig begraben.

## **Vielfalt der Kollisionskoordinaten**

In der Tat hat die israelische Gesellschaft in den letzten Jahren einen massiven Rechtsruck erfahren. Das schlägt sich nicht nur in den (oben kurz angerissenen) Wahlergebnissen und im Habitus des Parlaments nieder, sondern durchwirkt auch merklich die israelische Alltagsrealität: rassistische, xenophobische und faschistoide Elemente gesellen sich zur immer schon vorwaltenden national-chauvinistischen Ideologie. Eingebettet sind diese in eine Hassmatrix, die sich aus den Konfliktachsen der israelischen Gesellschaft gebildet und in den letzten Jahren verfestigt hat.

Beherrscht ist sie primär von (zuweilen gewaltdurchwirkten) Spannungen zwischen Religiösen und Säkularen, zwischen Juden und Arabern, zwischen aschkenasischen und orientalischen Juden, zwi-

schen oberen und unteren Klassen (um nur einige der Kollisionskoordinaten zu nennen) – Konflikttherde, die die Widersprüche in der sich „demokratisch“ wählenden israelischen Gesellschaft widerspiegeln. Diese nie zur Ruhe gelangenden Spannungsfelder erfüllen eine doppelte Funktion: Zum einen machen sie einen äußeren Feind erforderlich, mit dem sie sich eindämmen lassen, wenn sie zu gefährlich zu werden drohen. Zum anderen lenken sie aber auch von dem ab, was (objektiv) das zentrale Problem der israelischen Raison d'être ausmacht, und worum es letztendlich im israelischen Wahlkampf zu gehen hätte: die seit über fünfzig Jahren währende Okkupation der 1967 eroberten palästinensischen Gebiete.

### **Vom politischen Faustpfand zum religiös verkärten Ideologem**

Die historisch-politischen Dimensionen dieses mittlerweile zum Elefanten im Raum mutierten Problems müssen in Erinnerung gerufen werden. Der Sieg im Junikrieg von 1967 bewirkte eine gravierende (wenn auch als solche damals kaum vorhersehbare) Wende im israelischen Selbstverständnis. Die im Laufe dieses Krieges besetzten Gebiete verwandelten sich für Israel nach und nach – endgültig paradoxerweise erst nach dem Abflauen des in der Folge des Sieges von 1967 ausgebrochenen, mit dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 dann zum Stillstand gelangten Triumphalismus – von einer als temporäres politisches Faustpfand begriffenen (Kriegs-) Errungenschaft in ein Objekt ideologisch begründeter Begierde.

Von größter Bedeutung war hierbei, dass die ideologische Komponente dieser Verwandlung alsbald in eine religiöse Fundierung der neuen militärisch-politischen

Die Tatsache, dass dabei handfeste wirtschaftliche Interessen (vor allem an der Ausbeutung billiger palästinensischer Arbeitskraft) mit einer gewichtigen Rolle spielten, sollte keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass die religiöse Begründung der Eroberung nicht nur (objektiv gesehen) als ideologische Rechtfertigung der ausgeübten Repression fungierte, sondern in der Tat von einem tiefen (subjektiven) Glauben getragen wurde. Dieser freilich sollte schon bald zum Ideologem im Dienste einer von Staats wegen betriebenen Politik ausarten.

Ab Mitte der 1970er Jahre setzte in Israel ein Prozess allmählich zunehmender Polarisierung hinsichtlich der Einstellung zur Okkupation ein. Gegenüber einem religiösen, in seinen extremen Flügeln von aktionistischem Fanatismus getragenen Fundamentalismus entstand der erste (zunächst freilich winzige) Kern dessen, was sich späterhin zur israelischen Friedens-

bewegung entwickeln sollte. Allerdings handelte es sich hier nicht um ein symmetrisches Kräftefeld.

### **Ökonomisch und sicherheitspolitisch betriebene Besatzung**

Nicht übersehen werden sollte, dass die jüdische Besiedlung der besetzten Gebiete, welche in den Zeiten der ab 1977 herrschenden Likud-Regierung



„Ostsee“, 2021 Andranik Baghdasaryan

Wirklichkeit umschlug, die Folgen des militärischen Gewaltaktes mithin eine theologische Legitimation erfuhren. Die Eroberung der Gebiete (vor allem des Westjordanlandes) wurde nämlich nunmehr als Zeichen des Beginns der jahrtausendlang ersehnten messianischen Erlösung des jüdischen Volkes ausgelegt, als endlich erfolgte Rückkehr des Volkes in das gelobte Land, die Heimat seiner Urväter.

ihren Höhepunkt erreichte – unter Einsatz gewaltiger wirtschaftlicher Ressourcen und mit planmäßig durchgeführter Expansion –, ihren Anfang noch unter der zuvor regierenden Arbeitspartei genommen hatte. Die Besatzungspolitik wurde von allen israelischen Regierungen unter ökonomischen Aspekten und sogenannten Sicherheitsgesichtspunkten (wenn auch mit unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen) betrieben.

Dass dabei zuweilen gerade die religiösen Siedler – und nicht nur von rechter Seite – als die den gängigen zionistischen Mythen gemäßen „echten Idealisten“ und „eigentlichen Pioniere“ der israelischen Gesellschaft gepriesen wurden, diente nicht nur der Selbstbestätigung der, sich als wahre Zionisten rühmenden Träger der objektiv praktizierten Repression, sondern auch als eine Art Beruhigungs-, wenn nicht gar Betäubungsmittel für jene, die die Okkupation ohne pathosgefüllte ideologische Vision fortführen wollten.

Gleichwohl war es vor allem die im rechten politischen Lager vertretene (mithin religiös begründete, aber auch unter nichtreligiösen Aspekten propagierte) Ideologie eines Groß-Israel, die die fortwährende Besetzung über Jahre hinweg politisch am Leben erhielt und die zu ihrer Aufrechterhaltung notwendigen Mittel legitimierte. Lange Zeit gab es denn auch innerhalb des größten Teils der israelischen Gesellschaft keinen ernsthaften Diskurs über die Zukunft der besetzten Gebiete und die Rolle der Siedlungsbewegung, welche die Landnahme aktiv betrieb.

## Wendepunkt Sabra und Schatila

Ein gravierender Riss im israelischen Konsens, der über Jahrzehnte von einer „Alle-Welt-ist-gegen-uns“-Mentalität geprägt war, wurde während der vehement geführten öffentlichen Debatte um den Libanonkrieg von 1982 deutlich. Spätestens seit der legendären „Demonstration der 400.000“ nach dem von Libanesen im stillen Einvernehmen mit dem israelischen Militär vollführten Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila wurde klar, dass die israelische Öffentlichkeit nicht mehr gewillt war, alle Beschlüsse und Aktionen der Regierung und des Militärs blindlings abzusegnen, und dass dieser anfangs allgemein befürwortete Krieg eine nicht mehr zu übersehende Polarisierung der politischen Lager bewirkt hatte.

Ein erster Kulminationspunkt dieses durch das Hineingeraten in den „libanesischen Sumpf“ beschleunigten Prozesses manifestierte sich dann Ende der 1980er Jahre in der hitzigen innerisraelischen Debatte um die erste Intifada, jene Erhebung der palästinensischen Bevölkerung gegen das israelische Okkupationsregime, die dem David-Goliath-Mythos der israelischen Selbsteinschätzung endgültig den Todesstoß versetzte.

Was aber dann, vor allem nach dem zusammengebrochenen Oslo-Prozess, einsetzte, war die (mit der unter Ariel Sharon immer intensiver betriebenen Siedlungspolitik im Westjordanland) systematische Vereitelung der anvisierten Zwei-Staaten-Lösung zur Beilegung des israelisch palästinensischen Konflikts, eine „Lösung“, die sich als keine erweisen

sollte, obgleich sie (auch international) lippenbekenntnishaft propagiert wurde.

## Delegitimation der „Okkupation“

Im Nachhinein kann behauptet werden: Es war keine Lösung, weil Israel den Frieden mit den Palästinensern nie gewollt hat, auch nicht unter Ehud Olmert, mithin nie ernsthaft erwogen hat, die besetzten Gebiete wirklich zu räumen. Und es war nun die „Leistung“ Netanjahus in den vergangenen Jahren (in gefügiger Kooperation mit Donald Trump), nicht nur jegliche reale Bestrebung, den Konflikt anzugehen, vom Tisch zu fegen, sondern sogar das Reden über den Konflikt, ja selbst die schiere Benutzung des Begriffs „Okkupation“ zu delegitimieren und entsprechend evaporieren zu lassen.

In den vier letzten Wahlgängen Israels hat mit Ausnahme der arabischen Parteien keine zionistische Partei diesen Begriff in den Mund genommen, geschweige denn in ihrer Wahlkampagne thematisiert. Das hatte einiges mit dem Parteienkonflikt um Netanjahus persönliches Schicksal zu tun; so verstand sich ja letztlich die anfangs beschriebene Blockbildung in allen vier Wahlgängen. Vor allem aber war (und ist) diese frappierende Beseitigung des zentralen Faktors im Nahostkonflikt darin begründet, dass Israel insgesamt heute dermaßen nach rechts gerückt ist, ja sogar dem tabuisierten kahanistischen Rechtsradikalismus wieder den Eingang ins Parlament ermöglicht hat, dass sich kein zionistischer Politiker mehr traut, von „Okkupation“ zu reden.

Nicht nur würde dies seinen politischen Tod bedeuten, die Auseinandersetzung mit der Besatzungsrealität hat sich darüber hinaus gleichsam erübrigt: Die allermeisten Knesset-Abgeordneten glauben selbst nicht mehr an die Triftigkeit des Begriffs; die Nomenklatur hat das Ihre getan: Die Okkupation ist im Nichts der israelischen Realitätsverweigerung verschwunden. Der im Zimmer stehende Elefant ist unsichtbar geworden. Die ideologische Verblendung ist perfekt.

Moshe Zuckermann ist ein israelisch-deutscher Soziologe und Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv.  
[www.de.wikipedia.org/wiki/Moshe\\_Zuckermann](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Moshe_Zuckermann)

## Dank den Fotograf\*innen

Die in dieser Ausgabe abgebildeten Fotos wurden uns sämtlich honorarfrei zum Abdruck überlassen. Wir bedanken uns sehr bei allen in dieser Weise am aktuellen Heft des Magazins „Der Schlepper“ mitwirkenden Fotografinnen und Fotografen aus aller Welt und verweisen an dieser Stelle auf die Hinweise im Impressum auf Seite 5.

Unser ganz besonderer Dank gilt Gisela Werner, die uns zahlreiche Fotos ihres leider in diesem Frühjahr viel zu früh verstorbenen Ehegatten Peter Werner zum Abdruck überlassen hat. Peter Werner war Mitglied der Kieler Gruppe Arbeiterfotografie und hat jahrelang unsere publizistische Arbeit und die Kämpfe vieler anderer in der Menschenrechts- und Antirassismusbewegung engagierter mit seinen Fotos unterstützt. Wir vermissen ihn.



Flüchtlingsrat  
Schleswig-Holstein e.V.